

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt Lüchow Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Das Deutsche Reich am Scheidewege.

Die Reichsregierung befindet sich seit Wochen bereits in einer schweren Krise, die durch die allernuesten Ereignisse auf den Kriegsschauplätzen und in der Außenpolitik die äußerste Zuspitzung erfahren dürfte. Ohne sich der Gefahr anzusehen, als schlechter Prophet angelesen zu werden, darf man jagen, daß die Tage des Reichskanzlers Grafen Hertling gezählt sind. Das kann angesichts der schwankenden Haltung seiner Regierung gar nicht anders kommen. Es ist eben auf die Dauer nicht möglich, auf der einen Seite den Vertretern des Volkes Versprechungen zu machen und mit der Friedensresolution des Reichstages vom Juli 1917 zu liebäugeln, andererseits aber — und sei es auch nur aus Schwäche — die Erfüllung der gegebenen Zusagen hinauszuhalten und eine Außenpolitik zu treiben, welche der baldigen Herbeiführung des Friedens Hindernisse in den Weg wälzt und von der Sorge diktiert scheint, es mit den Alldeutschen nicht zu verschütten. (sturz vor Drucklegung erfahren wir, daß Hertling und Sinke nicht mehr im Amte sind.)

Wie weit die Dinge gediehen sind, das bewiesen die Verhandlungen des endlich und schließlich zusammenberufenen Hauptausschusses des Reichstages. In den bürgerlichen Parteien der Mehrheit und auch bei den Nationalliberalen haben die jüngsten Ereignisse nun auch die Überzeugung befestigt, daß es so wie bisher nicht mehr weiter gehen kann. Man sieht wohl jetzt ein, daß das Reich dem Abgrunde zusteuert, wenn nicht sofort in der Leitung der Reichspolitik Wandel geschäffen und vor allem die von der verbotenen alldeutschen Reaktionsforona als Heilmittel verlangte Diktatur verhindert wird. Der Gedanke eines Koalitionsministeriums unter Einfluß der Sozialdemokratie ist daher seit einigen Tagen Gegenstand cruster Verhandlungen innerhalb der Reichstagsmehrheit. Welche schwere Verantwortung damit auf die Schultern der sozialdemokratischen Arbeitervertreter fielen, braucht hier nicht erst auseinandergesetzt zu werden. Trotz alledem darf davor nicht zurückgeschreckt werden, wenn — wie gegenwärtig — durch die politische Lage die vitalsten Lebensinteressen des arbeitenden Volkes auf dem Spiele stehen, vorganzesetzt, daß etwaigen Arbeiterministern keine Zumutungen gestellt werden, die von vornherein unannehmbar sind.

Die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß der deutschen Sozialdemokratie haben am 23. September in gemeinsamer Sitzung, aber getrennter Abstimmung, mit 55 gegen 10 und 25 gegen 11 Stimmen beschlossen, den Eintritt von Parteigenossen in eine etwa neu zu bildende Regierung unter folgenden Bedingungen zu billigen:

1. Uneingeschränktes Bekenntnis zu der Entschlieung des Reichstages vom 19. Juli 1917 mit der Bereitschaftserklärung, einem Völkerverbund beizutreten, der auf der Grundlage der friedlichen Verhandlung aller Streitfälle und der allgemeinen Abrüstung beruht;

2. vollkommen einwandfreie Erklärung über die belgische Frage, Wiederherstellung Belgiens, Verständigung über Entschädigung, ebenso Wiederherstellung Serbiens und Montenegro;

3. die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest dürfen kein Hindernis sein für den allgemeinen Friedensschluß; sofortige Einführung der Zivilverwaltung in allen besetzten Gebieten, bei Friedensschluß sind die besetzten Länder freizugeben, demokratische Volksvertretungen sind alsbald zu begründen;

4. Autonomie Elsaß-Lothringens, für alle deutschen Bundesstaaten allgemeines und gleiches, geheimes und unmittelbares Wahlrecht, der Preussische Landtag ist aufzulösen, wenn nicht das gleiche Wahlrecht unverzüglich aus den Beratungen des Herrenhausauschusses hervorgeht;

5. Einheitlichkeit der Reichsleitung, Ausschaltung unverantwortlicher Nebenregierungen, Berufung von Regierungsvertretern aus der Parlamentarmehrheit oder aus Personen, die der Politik der Parteimehrheit entsprechen; Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung; die politischen Veröffentlichungen der Krone und der Militärbehörden sind vor ihrer Veröffentlichung dem Reichskanzler mitzuteilen;

6. Sofortige Aufhebung aller Bestimmungen, durch die die Versammlungs- und Pressefreiheit eingeschränkt werden, die Zensur darf nur auf rein militärische Fragen angewendet werden (Fragen der Kriegsstrategie und -taktik, Truppenbewegungen, Herstellung von Kriegsmaterial, Einrichtung einer politischen Kontrollstelle für alle Maßnahmen, die auf Grund des Belagerungszustandes verhängt werden, Befestigung aller militärischen Institutionen, die der politischen Beeinflussung dienen).

Diesen Forderungen können die deutschen Gewerkschaftsorganisationen nur rückhaltlos zustimmen; denn sie entsprechen ebenso ihrem Kriegsprogramm, wie die eindrucksvollen Ausführungen des Parteivorstehenden Eckert, der zu ihrer Begründung u. a. ausführte, „daß wir keinen Zweifel daran lassen dürfen, daß ein Frieden um jeden Preis unter keinen Umständen in Betracht kommen kann, sondern daß wir alle das Letzte daransehen müssen, um die gebotenen Lebensinteressen des Landes und des Volkes zu vertreten.“ Zur Sache selbst erkläre er, daß es für den Eintritt in ein Ministerium nur zwei Wege gäbe, entweder wir stellen ein Minimalprogramm auf, oder aber ein Maximalprogramm. Beim Minimalprogramm muß man prüfen, was möglich ist, und da darf man nicht vergessen, daß man in einer Koalition mit bürgerlichen Parteien operiert und auf dem Wege der Verständigung das durchsetzen muß, was notwendig ist. Dann müsse man darauf Rücksicht nehmen, daß wir in Deutschland mit dem

darum ist in Notzeiten kein einzelner sein freier Herr. Er muß in seine Stelle einrücken, wie der Zugvogel sich zum langen Flug versammelt. Wer dabei zurückbleibt, der verlornt, denn keiner ist allein den Gefahren des Lebens gewachsen. Du bist, o Mensch, keine Sprache für dich allein, keinen Gedanken, bei dem dir nicht Vorklaren und Wermenschen geholfen haben. Kein Lebensziel, bei dem nicht andere beteiligt sind; du existierst, wenn niemand dir Beizung beibringt, du hungerst, wenn keiner für dich isst. Niemand warst du allein in Wirklichkeit deines Glückes Schmied. Als einzelner Bestandteil in die mächtige Maschine, als einzelner Soldat ins stürzende Heer, als einzelner Bürger ins ringende Volk. Diese Zugehörigkeit wird dir zum Zwang, wenn du sie von dir abschütteln willst, sie erhöht aber deine Kraft und Lebensmühseligkeit, wenn du sie willig anerkennst. Als einzelner bedeutest du nur etwas in der Wechselwirkung mit anderen; sie wachsen durch dich, du wirst nützlich durch sie. Und auch dann noch, wenn du schwach und matt wirst, gelten deine letzten Wünsche denen, die dir helfen und denen du dienst.

Zuflucht bei der sozialdemokratischen Presse. Soeben erscheint ein neues Werk des wegen seiner Weltfriedenspropaganda viel angefeindeten Münchener Universitätsprofessors Friedrich Wilhelm Förster, „Weltpolitik und Weltgewissen“. Darin rechnet er aufs schärfste mit jenem „Christentum“ ab, das durch seine Bekenntnisse zum Gewaltfrieden dem wirklichen Christentum einen nicht abzuschätzenden Schaden bereitet habe. Vor allem richtet er seine scharfe Waffe gegen die „Mölnische Volkszeitung“, deren Beispiel zeige, daß man in allen Völkern „die verhasstesten Kriegsgreife und Volkverhetzer, die wahren Materialisten des Machtwahns auf christlicher Seite“ finde. Förster prägt dann diese bemerkenswerten Sätze: „Man wird ganz einseitig angelehrt und eingelehrt, wie man den Frieden mit Gott gewinnen, erhalten oder wiederfinden könne; die Frage aber, wie man den Frieden mit den Menschen gewinnen, bewahren oder wiederherstellen könne, und warum diese Friedensarbeit ein entscheidende metaphysische Bedeutung habe — diese Frage wird gänzlich unzulänglich beantwortet. Daher ist heute bei so vielen Christen das Denken über menschliche Konflikte und deren Lösung ungetraut als bei vielen Ungläubigen. Und darum gibt es heute nicht wenige ernste Christen, die aus Hunger nach christlicher Weltpolitik ihre christliche Zeitung mit einer sozialdemokratischen vertauschen, weil ihre anima christiana (der christliche Geist) den unchristlichen Diktator des die Nachfolge Christi vertretenden Blattes nicht mehr zu tragen vermöge und weil sie fanden, daß das Arbeiterblatt ihrem christlichen Empfinden gegenüber der jetzigen Weltnot näher stand als das christliche Blatt, das ihnen in der trübseligen Verdamnis der Gegenwart und in der ebenso trübseligen Vergötterung der Sache des eigenen Volkes ununterbrochenen Verrat am Weltherzen Jesu zu übersehen.“ — Diese Worte kommen aus dem Munde eines wirklichen Christen, der den Zusammenbruch der religiösen erblichen Weltanschauung aufs tiefste beklagt.

Verforgung der entlassenen Soldaten mit Kleidungsstücken. Unter den der Regierung als Material überwiesenen sozialdemokratischen Anträgen befindet sich auch der Antrag, jedem aus dem Heere zur Entlassung kommenden Angehörigen des Mannschafstandes, im Falle der Bedürftigkeit, eine brauchbare Uniform und ein Paar gute Schuhe zu überlassen. Daß diesem Antrag Folge gegeben wird, ist von großer Wichtigkeit, denn die seit Beginn des Krieges eingezogenen Mannschaften besitzen in vielen Fällen brauchbare Zivilkleidung und Schuhe überhaupt nicht mehr und schließlich sind diese Sachen nur noch schwer zu erhalten und dann zu Preisen, die für die meisten Entlassenen einfach unerschwinglich sind. Daraus allein schon ergibt sich die große Bedeutung des sozialdemokratischen Antrages. Den Angehörigen des Jahrgangs 1869 hat man nun bei der Entlassung Schuhe und Uniformen nur leihweise auf 6 bis 8 Wochen belassen und überdies fordert man die Bezahlung einer Leihgebühr von monatlich 1,70 Mk. für ein Paar Stiefel, 5,10 Mk. für eine Tuchhose, 6 Mk. für eine Bluse, 1,10 Mk. für ein Hemd, 1,25 Mk. für eine Unterhose und 50 Pf. für eine Wäsche, in Summe also monatlich 18,45 Mk. Wenn nun ein Mann nicht gleich Arbeit findet oder wenn er nicht gleich arbeiten kann, so daß er auch nicht diese Leihgebühr zu zahlen, sollen ihm dann die Kleidungsstücke zwangsweise abgenommen werden? Welch eine Unsumme von Schereereien müßt sich daraus wieder ergeben! Es ist wirklich nicht mehr als recht und billig, daß man jeden zur Entlassung kommenden Mann, so wie es der vom Reichstag gebilligte sozialdemokratische Antrag will, ausreichend mit Kleidungsstücken versieht. Das werden die Leute wohl noch verdient haben.

Volkerversicherung. Unfälle und Berufskrankheiten haben die Bergarbeiter immer besonders bedroht; bei der langen Dauer des Krieges und der damit verbundenen schlechten Ernährung der

Arbeiter und der schlechten Instandhaltung der Gruben ist diese Bedrohung noch erheblich gesteigert worden. Dadurch gewinnt auch die Versicherung für die Bergarbeiter wie für die ebenso gefährdeten Eisenbahn- und Munitionsarbeiter eine größere Bedeutung. Das zeigen aufs neue die zwei folgenden Fälle: Der Bergmann J. D. in Necklinghausen versicherte sich am 1. März 1916 im 45. Lebensjahre bei der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Aktiengesellschaft „Volkerversicherung“ nach Tarif 11 bei einer Halbmonatsprämie von 2 Mk. für eine spätestens nach 15 Jahren fällige Versicherungssumme. Da er am 27. August 1918 an der Ruhr starb, erhielt seine Frau die Summe von 499 Mk. ausgezahlt. Noch wirkungsvoller war die Versicherung für die Witwe des Bergmanns G. L. in Südwisch bei Necklinghausen. Dieser versicherte sich mit 36 Jahren am 1. Februar 1918 nach Tarif 11 bei 1,50 Mk. Halbmonatsprämie für eine spätestens im 55. Lebensjahre fällige Versicherungssumme. Schon am 10. Juli 1918 erlitt der Versicherte auf Beche „König Ludwig“ einen Betriebsunfall, bestehend in Wirbelbruch mit Zerreißung des Rückenmarks, an dem er am 1. September 1918 starb. Seine Witwe erhielt darauf 330 Mk. ausgezahlt; an Prämien waren 21 Mk. eingezahlt worden. In beiden Fällen handelt es sich um Versicherungen mit kurzer Dauer. Hätten die beiden Männer gewußt, daß für sie sobald der Versicherungsfall eintreten würde, hätten sie sicher längere Dauer gewählt und ihren Angehörigen eine noch höhere Summe sichergestellt.

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. A. Bloch (Geschäftsstelle: Berlin W. 35, Potsdamer Str. 121h) haben soeben das 21. und 22. Heft ihres 21. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Preussische Wahlreform, von Wolfgang Heine, Mitglied des Reichstags — Englands „Anno-out-Politik“ gegen Frankreich und Deutschland, von Dr. Ludwig Quessel, Mitglied des Reichstags — Die Einheit Australiens, von Hermann Kranold — Niederrhein, flarer Mond, von Ball Whitman, übertragen von Max Savel — Volkmar, von Max Schippel — Die russische Kesterei, von Dr. Adolf Behne — Einbrüche aus Nowo, von Bruno Taut — Die tolle Kotte, von Hermann Essig — Gemeinwirtschaft von Edmund Fischer, Mitglied des Reichstags — Das kommunale Frauenwahlrecht, von Dr. Hugo Lindemann, Mitglied des Landtags — Marxistiliteratur, von Dr. Conrad Schmidt — Berliner Ausschreibungen, von Elisabeth Stern — Die Landwirtschaft im Krieg, von Conrad Monatshefte, Berlin W. 35. Man verlange vom Verlag ein Heft zur Bild Georg von Vollmars aus den siebziger Jahren.

Der Preis dieses verpackten Heftes beträgt 1,20 Mk. (sonst 90 Pf.). Der eines Vierteljahresabonnements 5,10 Mk. Zu beziehen durch jede Buchhandlung, in den Buchstaben und Buchhöfen, bei allen Kolporturen, durch jede Postanstalt, sowie direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Berlin W. 35. Man verlange vom Verlag ein Heft zur Ansicht.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 19 des zehnten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Der Stand des preussischen Wahlrechtskampfes von Konrad Paenisch. — Emil Stizze von Ernst Freygang. — Winke für unsere Bildungsarbeit. Von Georg Häring. — Wahrheit. Gedicht von Adolf Witbrandt. — Die Kunstfertigkeit von Spinnern und Spinnern. Von A. G. Voser. (Mit Abbildungen.) — Aus der Jugendbewegung. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Die Gegner an der Arbeit. — Aus der Praxis der Bewegung.

Totenliste des Verbandes.

Arnold Eisholz, Berlin
Laboratoriumsdiener
† 10. 7. 1918, 50. Jahre alt.

Karl Miersch, Berlin
Pensionär
† 26. 9. 1918, 76 Jahre alt.

Wilh. Mielenz, Siedenberg
Arbeiter
† 16. 9. 1918, 67 Jahre alt.



Opfer des Weltkrieges:

Arno Scherzog, Dresden
am 31. August 1918 im Alter von 19 Jahren gefallen.

Wilh. Vosrei, Charlottenburg
im Alter von 32 Jahren gefallen.

Karl Schneider, Berlin
am 4. Juni 1918 im Alter von 32 Jahren gefallen.

K. Werth, Frankfurt a. M.
am 13. August 1918 im Alter von 37 Jahren gefallen.

Ehre ihrem Andenken!